

Jairo Hernán Ortíz, Dozent für Politische Wissenschaft an der Universität des Cauca in Popayán, bewertet am 18.01.2017 in der in Popayán erscheinenden Regionalzeitung EL NUEVO LIBERAL die Aussichten für das Departement Cauca hinsichtlich der Umsetzung der Vereinbarungen von Havanna:

Die Umsetzung der Vereinbarungen von Havanna

Wie ich bereits in früheren Artikeln betonte, muss der politische Ausweg ohne Waffen aus dem Konflikt die Aufmerksamkeit auch auf die kritische Lage im Departement Cauca angesichts der in Havanna erreichten Vereinbarungen und damit auch auf die Demobilisierung der FARC lenken. Man muss klar feststellen, dass sich das soziale, politische und ökonomische Panorama im Departement in letzter Zeit nicht wesentlich geändert hat. Man muss im Gegenteil einen Stillstand erwarten als Folge der Etappe des Übergangs von der Guerrilla zu einer politischen Bewegung. Einer Etappe des Hin und Her und der Brüche, in der Gruppen der extremen Rechten wie auch der extremen Linken sich dem Ende des Status Quo widersetzen, weil sie um Privilegien fürchten, über die sie seit Jahrzehnten verfügten.

Aber täuschen wir uns nicht: Die Demobilisierung beinhaltet in ihrem ersten Teil lediglich die Niederlegung (nicht die Übergabe) der Waffen und daher nicht auch die Auflösung der Strukturen und Hierarchien der bewaffneten Organisation. Die Auflösung soll später folgen. Es wird eine „Probezeit“ geben, in deren Verlauf die Vereinbarungen in positiver Weise festgemacht und dadurch die Bedingungen auf die reale Ebene (und nicht allein die rhetorische) gestellt werden. In dieser Hinsicht bin ich ein gemäßigter Skeptiker.

Die Erfahrungen mit der Entwaffnung und der darauf folgenden Eingliederung der FARC in die Gesellschaft, die wir Kolumbianer wahrscheinlich machen werden, werden ganz andere Charakteristiken aufweisen als frühere Erfahrungen bei der Entwaffnung anderer bewaffneter Gruppen, z.B. der M19 in den Jahren 1990 und 1991. Nach den Statistiken wurden damals 3000 Kämpfer demobilisiert. Die Demobilisierung, die Übergabe der Waffen und die Reintegration liefen gleichzeitig ab.

Die Wiedereingliederung hat zu tun mit der Soforthilfe, die der Staat den früheren Kämpfern leisten muss, damit sie kurzfristig überleben können. Die Integration erfordert dagegen Anstrengungen auf mittlere Sicht, damit die Demobilisierten sich in die Zivilgesellschaft, den Arbeitsmarkt und neue Freiräume der Bürgerbeteiligung eingliedern können, die nicht der Logik des Krieges unterworfen sind.

Die Umsetzung der Abkommen wird sich in einen langen und komplizierten Prozess verwandeln, vor allem, wenn wir die kritische Situation des Cauca betrachten, eines der Departements mit dem niedrigsten Niveau in Entwicklung und Produktion.....

Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist für 46,4% der Bevölkerung unzureichend, 24 der 42 Kommunen weisen ein hohes Armutsniveau auf, und 41,5% der Kommunen können ihre Ausgaben nicht mit ihren Einnahmen decken, in 36,6% ist die Bevölkerung unterernährt, 33% der Einwohner im schulpflichtigen Alter befinden sich außerhalb des Schulsystems, die Analphabetenrate beträgt 12,1%, an der Pazifikküste sogar 39%. Es bestehen traditionelle politische Praktiken fort, als seien sie naturgegeben und daher unvermeidlich. Korruption führt zu geringer Gestaltungskraft der Handelnden, zur Fehlleitung von Ressourcen und zu Klientelismus.

Dieses Panorama im Cauca hat tiefe historische Wurzeln. Dem ist hinzuzufügen, dass die Grundstücksgeschäfte, die durch das Drogengeschäft dynamisiert wurden, großen negativen Einfluss auf die Besonderheiten der Landwirtschaft hatten: Erstens führten sie zu einer noch stärkeren Monopolisierung des Landbesitzes mit der Konzentration des Eigentums in wenigen Händen und dadurch der massenhaften Vertreibung der Landbevölkerung. Zweitens erhöhten sich die Bodenpreise stark. Drittens kam es zur Herausbildung von bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen und viertens verschärften sich Probleme der Landnutzung. Durch den illegalen Abbau von

Bodenschätzen und die Drogenwirtschaft kam es zu weiteren gewaltsamen Vertreibungen und zum Brachliegen von landwirtschaftlichen Flächen im Departement.

Folglich ist es ein Irrtum zu glauben, dass allein durch die Umsetzung der Vereinbarungen von Havanna die Möglichkeit eröffnet würde, die strukturellen Faktoren der Ungleichheit und Verletzlichkeit der Region zu beseitigen. Man muss an einem neuen Entwicklungsmodell arbeiten, das die ländlichen Zonen des Landes einbezieht. Man muss die historische Rolle der Ländereien wiederherstellen, die ganz einfach in der Landwirtschaft liegt. Das Departement muss entschlossen und gleichzeitig die zwei großen Konflikte lösen: Den bewaffneten Konflikt und den Agrarkonflikt. Der bewaffnete Konflikt einer davon, aber nicht der einzige.